

Flüchtlinge im Landkreis Böblingen

Positionspapier BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN Kreisverband Böblingen

Mit diesem Maßnahmenkatalog wollen wir die GRÜNE Position für eine verantwortungsvolle und erfolgreiche Flüchtlingspolitik – insbesondere im Landkreis Böblingen – darstellen. Im ersten Teil sind unsere spezifischen Forderungen an den Landkreis und dessen Kommunen definiert, im zweiten Teil die längerfristigen, auch an weitere Zielgruppen gerichteten Appelle.

A) Das Grüne kommunale Flüchtlingspaket

1. Unterbringung und Wohnraum schaffen

- Es muss eine klare Kommunikation des Landkreises und der Gemeinden an private Wohnungseigentümer geben, um die Vertragskonditionen für eine Vermietung im Rahmen der Flüchtlingshilfe zu erklären.
- Die aktuellen Bauerleichterungen im Baugesetzbuch konsequent nutzen.
- Sporthallen sind Notunterkünfte. Ziel bleibt die Unterbringung so schnell wie möglich in angemessene Räume zu verlagern. Hallen und Heime mit 4-Bettkabinen dürfen nur eine kurzfristige Lösung sein. Es muss gewährleistet werden, dass Sportunterricht und Vereinssport stattfinden kann.

2. Organisatorische Unterstützung

- Die Kommunikation und Zusammenarbeit des Landkreises und der Kreiskommunen muss verbessert werden.
- Die in der Flüchtlingsarbeit tätigen Organisationen und Institutionen brauchen aktive Unterstützung (Kirche, Gewerkschaft, Selbsthilfegruppen, Lokale Agenda, u.ä.) insbesondere bei öffentlichen Veranstaltungen.
- Wir sprechen uns für eine zweite Stelle im Landkreis für die Koordination der ehrenamtlichen Arbeit aus.

3. Stadtteilbezogene Gemeinwesenarbeit

- Die Sprachförderung ausbauen: Sprachunterricht für alle Flüchtlinge und Asylbewerber*innen für ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, da Sprachniveau B2 eine Mindestvoraussetzung für die Berufstätigkeit ist.
- Sinnvolle Beschäftigung/Tätigkeiten für erwachsene Flüchtlinge bei Kommunen (z.B. Bauhöfe), Landkreisen (Naturschutzbehörde) und Land (Forstbehörden) anbieten.

- Soziale Angebote für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge und Asylbewerber*innen ausbauen.
- Integration: Kennenlernen/Vertrauen aufbauen/den Einzelfall optimal betreuen. Begleitung von Flüchtlingen durch Ehrenamtliche bei gesundheitlichen, sozialen oder juristischen Belangen fördern. Integrationsarbeit mit Verbänden und Vereinen unterstützen.

B) Längerfristige Forderungen auf Bundesebene

- Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), in den Bundesländern und weiteren Behörden müssen Arbeitsplätze geschaffen werden, damit Asylanträge zügig bearbeitet werden können. Als Vorbild dient das Heidelberger Modell.
- Für Menschen mit geringem Einkommen soll der Bau von gefördertem Wohnraum deutlich gestärkt werden; Geringverdiener und Flüchtlinge sollen auf dem Wohnungsmarkt nicht in Konkurrenz treten müssen.

1. Humanitäre Aktionen ergreifen; Fluchtursachen mindern bzw. beseitigen.

- Die Kürzungen der UNHCR-Beiträge sofort rückgängig machen.
- Mit auf 0,7% des BIP gesteigerter Entwicklungshilfe vor Ort schulische Ausbildung sowie Berufsausbildung fördern und Arbeitsplätze schaffen. Korruption bekämpfen.
- Grundsätzlich keine Waffen in Spannungsgebiete exportieren. Kriege sind die Hauptursache von Vertreibung und Flucht.
- Sichere Fluchtwege müssen geschaffen werden.

2. Gesetze mit Augenmaß modernisieren.

- Diskutierte Verschärfungen wie die Kürzungen des Existenzminimums werden abgelehnt.
- Ein Einwanderungsgesetz gehört zu einem modernen Europa. In Deutschland muss bald über die Rahmenbedingungen gesprochen werden. Der geplante Zugangskorridor für Bürger*innen aus dem Westbalkan ist ein Schritt in die richtige Richtung.